

PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 29. AUGUST 2018



LEHRKRÄFTE AN GRUNDSCHULEN ERHALTEN BESSERE BEZAHLUNG

Die meisten Lehrkräfte an Grundschulen verdienen bisher deutlich weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen an Gymnasien und zum Teil auch an Oberschulen. Zwischen 400 und 500 Euro brutto pro Monat kann dieser Unterschied liegen, der sich durch die Eingruppierung in einer niedrigeren Besoldungsstufe ergibt. Die Bremische Bürgerschaft hat heute auf Antrag der rot-grünen Koalition beschlossen, dass sich dies ändern soll.

„Die Arbeit der Grundschullehrkräfte ist von zentraler Bedeutung damit Kinder Freude am Lernen entwickeln. Hier werden die Weichen für die zukünftigen Lernerfolge gestellt. Deshalb freue ich mich besonders, dass wir heute eine Gerechtigkeitslücke schließen können, die auch angesichts der weitgehenden Vereinheitlichung der Lehrerausbildung nicht mehr zu rechtfertigen war“, erklärte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, Sybille Bösch, heute in der Bürgerschaft.

Der Hintergrund: Grundschullehrkräfte waren bisher in der Regel in der Besoldungsgruppe A12 eingruppiert, ihre Kolleginnen und Kollegen an Gymnasien und teils auch an Oberschulen aber eine Gruppe höher – das kann pro Monat einen Unterschied von 400 bis 500 Euro Brutto ausmachen.

Dabei hätten gestiegene Anforderungen an die Schulen und besonders an die Grundschulen bereits zu Veränderungen in der Ausbildung geführt, erklärte Bösch. „Genügte früher ein Fachhochschulabschluss, umfasst das Studium für das Grundschullehramt heute die gleiche Dauer wie für die anderen Lehrämter und schließt genauso mit einem Master oder Staatsexamen ab. Da ist es nur folgerichtig, wenn auch die Bezahlung mitzieht.“

Gleiche und gleichwertige Arbeit solle eben auch gleich bezahlt werden, so Bösch. Zudem habe man an den Grundschulen bereits früh die Methoden an sich verändernde Bedingungen



Sybille Bösch

angepasst. „Bereits seit Jahren wird hier inklusiv unterrichtet, gibt es offenen Unterricht, jahrgangsübergreifendes Lernen und vieles mehr. Um Kinder individuell zu fördern und zu fordern, gibt es Regeln und Rituale, um die wegfallenden Strukturen zu Hause zu kompensieren“, so die Sozialdemokratin.

Daneben bewirke die Anpassung angesichts des allgemeinen Mangels an Lehrkräften auch einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den anderen Bundesländern. „Außerdem habe ich die Hoffnung, dass die Arbeit an der Grundschule durch die gleiche Bezahlung nun auch für Männer noch interessanter wird, während wir gleichzeitig der mittelbaren Diskriminierung von Frauen in diesem Bereich ein Ende setzen“, so Bösch abschließend.

> Antrag: A 13 für Grundschullehrkräfte
<http://tiny.cc/grundschullehrer>

DEBATTE DEM KLIMAWANDEL ENTGEGENTRETEN – OFFSHORE STÄRKEN

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen der Weltgemeinschaft. Nur durch das Zusammenwirken verschiedener Akteure in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft könne der globale Temperaturanstieg noch auf ein erträgliches Maß begrenzt werden, erklärte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jens Crueger, heute im Rahmen einer Aktuellen Stunde, wie die Klimaziele in Bremen und Deutschland durch den Ausbau erneuerbarer Energien und den Ausstieg aus der Kohlekraft erreicht werden können.

„Wir brauchen eine Energiewende“, bekräftigte Crueger in der Debatte. Nur so könne der durch menschliche Treibhausgasemissionen verursachte globale Temperaturanstieg noch aufgefangen werden. Hinter der Energiewende verstecke sich eines der tiefgreifendsten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Großprojekte unserer Zeit. Und eines, das machtpolitisch besonders umkämpft sei.

„Unser Ziel muss eine optimale Energieversorgung durch erneuerbare Energien sein“, so Crueger. „Nach Möglichkeit zu 100 Prozent und verbunden mit einer Versorgungssicherheit für die Verbraucher.“



Jens Crueger

Dabei komme es zum einen auf den zeitnahen und geordneten Ausstieg aus der Kohleenergie an.

Zum anderen müsse der Ausbau erneuerbarer Ener-



gien in Bremen und Deutschland geordnet vorangetrieben werden. „Und für das Land Bremen ergeben sich hier ganz klar Chancen und Potenziale durch den Ausbau der Offshore-Windenergie, um die bestehenden Kapazitäten gezielt zu erhöhen“, so Crueger.

Der Umweltpolitiker machte in der Debatte aber auch deutlich, dass man bei allen Bestrebungen, die Energiewende im Sinne des Klimaschutzes voranzutreiben, auch die Belange der Beschäftigten in der Kohleindustrie nicht aus den Augen verlieren dürfe. „Sei es in den Braunkohlewerken oder den Kohlekraftwerken – Klimawandel bedeutet auch Strukturwandel“, erklärte Crueger und ergänzte, dass die SPD die

einzigste Partei sei, die sich um beide Aspekte kümmere.

Mit Blick auf die gesellschaftliche Akzeptanz der Notwendigkeit der Energiewende erklärte der Sozialdemokrat: „Wir müssen weg von den abstrakten Bildern, mit denen wir versuchen, den Menschen die Auswirkungen des Klimawandels deutlich zu machen.“ Die reine Formulierung von politischen und wissenschaftlichen Messlatten wie dem Zwei-Grad-Ziel helfe hier wenig. „Viel mehr kommt es darauf an, die Menschen mitzunehmen und ihnen die negativen Folgen des Klimawandels anschaulich zu erklären und zu verdeutlichen, dass dieser uns alle betrifft“, bekräftigte Crueger abschließend.

ANTRAG HUMANITÄRES BLEIBERECHT FÜR OPFER RASSISTISCHER GEWALT

Bremen wird im Bundesrat einen Antrag unterstützen, wonach Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt ein humanitäres Bleiberecht erhalten sollen. Zudem sollen die Bremer Ausländerbehörden in diesen Fällen von den bestehenden Möglichkeiten von Duldungen und Aufenthaltserlaubnissen aufgrund des Aufenthaltsgesetzes Gebrauch machen. Das hat die Bürgerschaft heute auf Antrag der rot-grünen Koalition beschlossen.

„Durch das Erstarken der politischen Rechten sind unser Land und unsere Demokratie der vielleicht größten Bedrohung seit Gründung der Bundesrepublik ausgesetzt“, erklärte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sükrü Senkal, heute in der Bürgerschaft. Auch in unseren Nachbarländern habe sich der Geist rechter Menschenfeindlichkeit festgesetzt. In den letzten Jahren seien allein in Deutschland durchschnittlich 1.000

politisch rechtmotivierte Gewaltstraftaten pro Jahr begangen worden.

Oftmals handele es sich bei den Opfern rassistischer Gewalt um nicht-deutsche Staatsangehörige, von denen viele über keinen gesicherten Aufenthaltsstatus verfügten, so Senkal. Bisher gebe es keine spezielle Regelung, die Opfern rechter Gewalt ein Aufenthaltsrecht vermittele. Dies solle sich nun ändern.

„Rechtsradikale und rassistische Gewalt muss konsequent bekämpft werden. Gerichtsprozesse scheitern nicht selten daran, dass Opfer und Zeugen bereits abgeschoben sind, bevor die Verfah-



Sükrü Senkal

ren eröffnet werden. Das können wir uns – auch zum Schutz unserer Demokratie – nicht leisten. Die Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt dürfen nicht alleine gelassen werden: Sie benötigen Zeit, um die Erfahrungen zu verarbeiten. Wir müssen aber auch den Tätern verdeutlichen: Mit ihren Taten erreichen sie das Gegenteil ihres Ziels“ erklärte Senkal.

Ein humanitäres Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt und dass Ausländerbehörden ihre Möglichkeiten in diesen Fällen für Duldungen und Aufenthaltsgenehmigungen nutzen, seien wichtige Zeichen im Kampf gegen Rechts, bekräftigte Senkal zum Schluss der Debatte.

> Antrag: Humanitäres Bleiberecht für Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt:

<http://tiny.cc/humanitaeresbleiberecht>

ANTRAG **BÜRGERSCHAFT WILL BESSERE INFORMATION VOR ABTREIBUNGEN**

Frauen sollen sich einfacher über die Möglichkeiten eines legalen Schwangerschaftsabbruchs informieren können. Dazu soll eine Liste mit jenen Ärzten und Einrichtungen veröffentlicht werden, die solche Eingriffe durchführen und der Veröffentlichung zugestimmt haben. Das hat die Bürgerschaft heute in erster Lesung beschlossen. Für die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sybille Böschen, ist dies ein wichtiger erster Schritt – dem aber noch weitere folgen müssen.

Ziel sei und bleibe es, auf Bundesebene den Paragraphen 219a des Strafgesetzbuches abzuschaffen, sagte die Sozialdemokratin in ihrer Rede. Dieser Paragraph stellt das Werben für Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe, und bereits im vergangenen Dezember hatte die Bürgerschaft den Senat aufgefordert, auf eine Abschaffung des sogenannten Werbeverbotes hinzuwirken. Absurd sei diese Regelung, sagte Böschen. „Die Information darüber, dass ich eine ärztliche Leistung durchführe und welche Methode ich anwende ist keine Werbung, sondern eine für die Entscheidung der Patientinnen notwendige Information. Ihr Verbot erschwert einer Schwangeren den Zugang zu Informationen über die Methode, mit der der Abbruch vorgenommen wird, und verhindert die freie Wahl des Arztes oder der Ärztin.“

„Solange das Werbeverbot nicht abgeschafft ist, müssen wir mindestens in Bremen sicherstellen, dass Frauen einen niedrigschwelligen Zugang zu sachlichen



Informationen über medizinische Möglichkeiten und Implikationen eines Schwangerschaftsabbruchs sowie über Ärztinnen und Ärzte, Kliniken und andere Einrichtungen, die Abbrüche vornehmen, erhalten“, so Böschen weiter. Eine entsprechende Liste jener Mediziner und Einrichtungen, die dem zugestimmt haben, soll daher künftig das Gesundheitsressort veröffentlichen.

Damit gehe Bremen einen wichtigen Schritt, betonte Böschen. „Wenn wir das Selbstbestimmungsrecht der Frauen aber ernst nehmen, müssen weitere Schritte folgen.“ So sei etwa die Absaugmethode, die für Frauen deutlich schonender sei, nicht Gegenstand der Mediziner Ausbildung und von Fortbildungen. „Das muss sich

ändern“, forderte Böschen und kritisierte: „Es kann doch nicht sein, dass Frauen sich deshalb Eingriffen unterziehen müssen, die nicht dem neuesten medizinischen Stand entsprechen! Wir müssen daher sicherstellen, dass dies in der Ausbildung berücksichtigt wird. Und wir müssen dafür sorgen, dass es in den Kliniken in Bremen und Bremerhaven ausreichend ärztliches Personal gibt, damit die Abbrüche möglichst schonend durchgeführt werden können.“

>Antrag: Öffentliche Informationen über legale Schwangerschaftsabbrüche ermöglichen

<http://tiny.cc/beratungsgesetz>

ANTRAG **HÄUSLICHE GEWALT: KINDER SOLLEN BESSER BETREUT WERDEN**

Der Senat soll ein Konzept für die Einrichtung einer Interventionsstelle für Kinder und Jugendliche erstellen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Das hat die Bürgerschaft heute auf Initiative der rot-grünen Koalition beschlossen.

„Häusliche Gewalt ist in jedem einzelnen Fall furchtbar, und insbesondere Kinder und Jugendliche müssen wir hier schützen, wenn sie Opfer von Gewalt werden, aber auch wenn sie Zeuge von Gewalt werden – denn auch dies ist schon eine psychische Belastung“, sagte der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Klaus Möhle, heute in der Debatte in der Bürgerschaft.



Klaus Möhle

Das Parlament hat heute beschlossen, dass der Senat ein Konzept für eine Interventionsstelle für diese Kinder und Jugendlichen erstellen soll. Bei

der Ausarbeitung dieses Konzeptes soll er auf die Erfahrungen staatlicher Stellen und nicht-staatlicher Akteure zurückgreifen. In einem halben Jahr soll er dieses Konzept in der Sozialdeputation vorstellen.

„Wir brauchen hier eine Fachdiskussion auch mit den Trägern bestehender Hilfsangebote“, so Möhle. „Für mich steht fest: Das Jugendamt in seiner Wächterfunktion darf dadurch nicht geschwächt werden. Es muss darum gehen, mögliche Lücken zu schließen und die Hilfe für die Betroffenen möglichst effektiv aufzustellen. Dies sollte nun ein ergebnisoffener Prozess sein. Und alles, was den betroffenen Kindern und Jugendlichen besser hilft, werden wir als SPD-Fraktion unterstützen.“

>Antrag: Öffentliche Informationen über legale Schwangerschaftsabbrüche ermöglichen

<http://tiny.cc/interventionsstelle>

ANTRAG BÜRGERSCHAFT FORDERT VERBOT VON „HOMO-HEILERN“

Am 25. August 2018 war in Bremen Christopher Street Day, der Tag, an dem Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender auf die Straße gehen und gegen Diskriminierung und Ausgrenzung demonstrieren. „Als SPD-Fraktion wenden wir uns gegen jede Form der Ausgrenzung und Diskriminierung und setzen uns seit Langem für gleiche Rechte unabhängig von der sexuellen Orientierung ein“, betonte der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe; heute am Rande der Sitzung der Bürgerschaft. „Aus voller Überzeugung haben wir daher als Fraktion am Bremer CSD teilgenommen. Aus voller Überzeugung haben wir uns dafür ausgesprochen, dass Homosexuelle heiraten können. Und aus voller Überzeugung haben wir dafür gestimmt, dass vor der Bürgerschaft am Tag des CSD als Zeichen der Solidarität des Parlamentes die Regenbogenflagge weht.“

Tschöpe wies aber auch darauf hin, dass Homosexuelle auch heute noch nicht überall akzeptiert werden – im Gegenteil. „Die Zeiten, als Homosexualität strafbar



Björn Tschöpe

war oder im Diagnosekatalog der Weltgesundheitsorganisation stand, sind zum Glück lange vorbei“, sagte der Sozialdemokrat. „Und doch lebt die absurde Idee, bestimmte sexuelle Identitäten



oder geschlechtliche Orientierungen seien krankhaft, bis heute in Teilen der Gesellschaft fort.“ So böten selbsternannte „Homo-Heiler“ fragwürdige sogenannte Konversionstherapien an. Besonders im Umfeld streng religiöser Gruppierungen werde auch heute bei homo-, und teilweise auch bei trans- oder intersexuellen Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Versuch unternommen, sie durch eine „Umpolungstherapie“ zu „heilen“.

„Der Weltärztebund hat solche Therapien bereits im Jahr 2013 deutlich als Menschenrechtsverletzung verurteilt, und einige europäische Länder sowie etliche amerikanische Bundesstaaten haben Konversionstherapien inzwischen verboten“, erklärte Tschöpe und betonte:

„Deutschland sollte dem folgen und diese sogenannten Therapien ebenfalls verbieten. Dafür machen wir uns stark, denn für uns steht fest: Homosexualität ist keine Krankheit, die einer Behandlung bedarf. Sie ist ein Teil der menschlichen Natur!“

Die SPD-Fraktion hat daher einen Antrag auf den Weg gebracht, der den Senat auffordert, eine Bundesratsinitiative zu starten, die ein Verbot der Konversionstherapien zum Ziel hat. Dieser Antrag wurde heute mit breiter Mehrheit von der Bremischen Bürgerschaft beschlossen.

> Antrag: Homophobie entschieden entgegnet: Pseudowissenschaftliche Konversionstherapien endlich verbieten
<http://tiny.cc/konversionstherapien>

DEBATTE BREMER HÄFEN IMMER IM BLICK

„Die Hafenwirtschaft ist seit Jahrhunderten eine wichtige Basis für das Wachstum und die Entwicklung unseres Bundeslandes“, erklärte der hafenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Elias Tsartilidis, heute aus Anlass einer Aktuellen Stunde in der Bremischen Bürgerschaft. Daher habe die SPD in Bremen und Bremerhaven die positive Entwicklung der Häfen immer im Blick – wirtschaftlich, sozial und ökologisch.

CDU und FDP echauffierten sich nun anlässlich der Umsetzung einer EU-Richtlinie zur Ausweisung von Schutzgebieten über eine vermeintliche Häfenfeindlichkeit des Senats und malten das Gespenst einer ökologischen Bedrohung an die Wand, so der Hafenpolitiker. Fakt sei jedoch, dass der Senat mehrfach erläutert habe, dass die Entwicklungs- und Zukunftsmöglich-

keiten der Bremischen Häfen im Zentrum seiner Anstrengungen bei der Ausweisung von Schutzgebieten stünden. Tsartilidis: „Hier wird versucht zu skandalisieren. Hier wird versucht, ein Schwarz und Weiß herzustellen. Entweder man ist für den Hafen oder man ist gegen den Hafen. Die Bremische SPD war schon immer für den Hafen und war auch schon immer für die Menschen, die im Hafen arbeiten. Und dazu gehört auch, genau zu schauen, wie wir Ökologie und Wirtschaft zueinander bringen.“

Ein Streit zwischen SPD und Grünen oder gar ein Skandal liege daher an dieser Stelle nicht vor, erklärte Tsartilidis und ergänzte: „Es herrscht Einigkeit darüber, dass Vorgaben rechtlich einwandfrei und auch im Sinne der Bremischen Häfen umgesetzt werden. Wir begrüßen das Vor-

gehen des Senats, mit dem zuständigen Bundesministerium für Umwelt über die genaue Ausgestaltung der Schutzgebiete zu verhandeln, um die Anforderungen nach Gesetzeslage, aber auch unter Berücksichtigung der hafenwirtschaftlichen Belange, umzusetzen.“

Die „Vogel-Strauß-Methode“ von CDU und FDP führe dagegen alleine zu Strafzahlungen und zum Verlust von Einflussmöglichkeiten seitens des Landes Bremen. „Eine solche Haltung wird der Wichtigkeit des Themas nicht gerecht“, so der Sozialdemokrat abschließend.



Elias Tsartilidis

VERBESSERUNGEN FÜR DEN ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDFUNK

Wie sieht die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus? Diese Frage wird seit einiger Zeit auf verschiedenen Ebenen diskutiert. Die Bürgerschaft hat heute einen Antrag der rot-grünen Koalition verabschiedet, der konkrete Vorschläge für einen zukunftsfähigen Rundfunk macht. Der medienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Hamann, nutzte die Debatte aber auch für ein klares Bekenntnis. Er betonte: „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist für unsere demokratische Kultur unverzichtbar.“

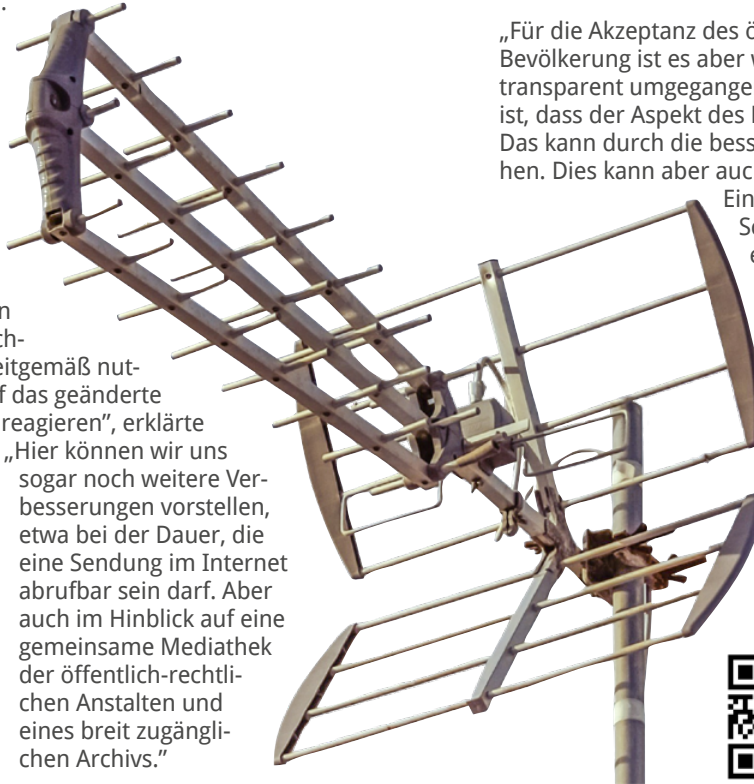
Das heiße aber nicht, dass ARD, ZDF und Deutschlandradio sich nicht verändern müssten, so Hamann. Dazu habe die rot-grüne Koalition in ihrem Antrag, den sie im März in die Bürgerschaft eingebracht hatte, Vorschläge gemacht. Im 22. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, der heute vom Parlament zur Kenntnis genommen wurde, seien einige dieser Vorschläge bereits Gegenstand.

Ein wesentlicher Punkt ist für Hamann dabei etwa die Anpassung des sogenannten Telemedienauftrags der Anstalten. „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk brauchte hier einen angepassten Auftrag, um die Möglichkeiten des Internets zeitgemäß nutzen zu können und auf das geänderte Nutzungsverhalten zu reagieren“, erklärte Hamann und betonte: „Hier können wir uns



Rainer Hamann

sogar noch weitere Verbesserungen vorstellen, etwa bei der Dauer, die eine Sendung im Internet abrufbar sein darf. Aber auch im Hinblick auf eine gemeinsame Mediathek der öffentlich-rechtlichen Anstalten und eines breit zugänglichen Archivs.“



Hamann ließ keinen Zweifel daran, dass ein Rundfunkbeitrag aus seiner Sicht auch weiterhin nötig ist, um die Unabhängigkeit der Anstalten zu bewahren und sie nicht abhängig zu machen von Einschaltquoten. Und klar sei für ihn auch, dass die Finanzierung dem Auftrag folgen müsse – und nicht umgekehrt wichtige Angebote gestrichen werden, weil das Geld fehle.

„Für die Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Bevölkerung ist es aber wichtig, dass mit den Rundfunkbeiträgen transparent umgegangen wird“, sagte Hamann. „Ebenso wichtig ist, dass der Aspekt des Public Value eine wichtige Rolle spielt. Das kann durch die besseren Archive und Mediatheken geschehen. Dies kann aber auch durch Kooperationen mit öffentlichen Einrichtungen wie zum Beispiel Museen, Schulen, Bibliotheken oder Wissenschaftseinrichtungen geschehen. Der Vorteil, den die Menschen durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben, muss dargestellt und ausgebaut werden. Und dass es diesen Vorteil gibt, steht für uns außer Frage. Jegliche Versuche, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu schwächen oder sogar abzuschaffen lehnen wir daher entschieden ab.“



DOWNLOAD
> ANTRAG: ECKPUNKTE DES
ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN
RUNDFUNKS!

[HTTP://TINY.CC/RUNDFUNK](http://tiny.cc/rundfunk)